

"Zweite Kammer zum Schuman-Plan" in Nieuwe Rotterdamse Courant (10. Oktober 1951)

Legende: Am 10. Oktober 1951 untersucht die niederländische Tageszeitung Nieuwe Rotterdamse Courant die möglichen Auswirkungen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl für die Kohle- sowie die Eisen- und Stahlindustrie in den Niederlanden.

Quelle: Nieuwe Rotterdamse Courant. dir. de publ. Baas, F; Pluygers, W. ; RRéd. Chef Rooy, M. 10.10.1951, n° 239; 108e année. Rotterdam: Nieuwe Rotterdamse Courant. "Tweede Kamer over het plan-Schuman", p. 5.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/zweite_kammer_zum_schuman_plan_in_nieuwe_rotterdamse_courant_10_oktober_1951-de-231426a3-247c-4dc4-81fc-0f074888b075.html



Publication date: 06/07/2016

Die Zweite Kammer zum Schuman-Plan

„Eine Tat, die von politischer Weitsicht zeugt“

Fast einstimmig gab der Ausschuss der Berichterstatter der Zweiten Kammer sein Einverständnis zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bekannt. Dies wurde als großartige Tat bezeichnet, die von politischer Weitsicht zeugte. Der Regierung dankte man für die intensiven Kontakte mit den gemeinsamen außen- und handelspolitischen Ausschüssen. Man schloss sich der Regierung gerne an, wo sie der niederländischen Delegation und ihrem Leiter Anerkennung zollte.

Dies wurde im vorläufigen Bericht der Zweiten Kammer über den Gesetzentwurf zur Billigung des am 18. April in Paris unterzeichneten Vertrags mitgeteilt.

Angesichts der Tatsache, dass der anfänglich für den 17. Oktober vorgesehene Termin für die Ratifizierung des Vertrags in einigen Ländern nicht eingehalten werden kann, aufgrund der Schwierigkeiten, die im Zuge der Ratifizierung aufgetreten sind, hatten einige Abgeordnete empfohlen, den Beschluss des niederländischen Parlaments zur Billigung des Vertrags aufzuschieben, bis bekannt ist, wie die anderen betroffenen Staaten in dieser Sache entscheiden.

Mehrere Stimmen merkten an, dass es ein schlechtes Beispiel für die europäische Zusammenarbeit wäre, wenn die Niederländer erst einmal abwarten würden.

Was die wirtschaftlichen Aspekte des Plans angeht, wiesen einzelne Mitglieder darauf hin, dass durch das Zustandekommen der Gemeinschaft allein vorläufig keine Tonne Kohle zusätzlich kommt, wohl aber nach einer Weile, dank der Modernisierung der belgischen Kohleminen, die teilweise auf Kosten des niederländischen und deutschen Bergbaus durchgeführt werden wird. Sollte es zutreffen, dass bloß eines der sechs Länder, nämlich Deutschland, in der Lage ist, große Mengen Kohle zu exportieren, geht die Regierung offensichtlich davon aus, dass unser Land mehr Kohle aus Deutschland importieren können als bisher. Worauf stützt sich diese Annahme?

Angesichts der Beiträge, welche die Niederlande für die Modernisierung und Rationalisierung der belgischen Bergbauindustrie werden aufbringen müssen, wurde bemerkt, dass zwischen den für die Schließung ausgeschöpfter Kohlengruben und für die Modernisierung anfallenden Kosten nicht unterschieden werde. Man könne zu Recht behaupten, dass die hohe Produktion in den Niederlanden und in anderen Ländern in hohem Maße auf frühere Investitionen zurückzuführen ist. Die Niederlande finanzierten auf diese Weise nicht nur ihre eigenen Investitionen, sondern trügen auch zu den Investitionen in Belgien bei.

Das alles trifft umso mehr zu, als sich Belgien derzeit in einer günstigen finanziellen Lage befindet und sich um die Erhaltung seines Wohlstandsniveaus bemüht. Außerdem sollte bedacht werden, dass die Regierung für die bessere Ausstattung der belgischen Kohlengruben einen Betrag von 20 Millionen zur Verfügung stellen will, während Belgien fünf bis sieben Jahre lang nicht am Gemeinsamen Markt teilnehmen wird. Schließlich kommt hinzu, dass die belgischen Kohlengruben derzeit in den Niederlanden Bergarbeiter anwerben und viel höhere Löhne anbieten. Und das wird in der Gemeinschaft durch die niederländischen Subventionen noch leichter ermöglicht werden. Ist die Regierung der Ansicht, dass dies ein korrekter Zustand ist?